Staatskanzlei
Dienststelle für Statistik

Thurgau

Indikatorensystem MoniThur

Steckbriefe der Indikatoren des Themenbereichs „Gesellschaft“

Themenbereich Gesellschaft

Bildung

Bildung

G1.1	**Anteil Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, wie sich der Anteil der Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss entwickelt. In einer wissensbasierten Gesellschaft und Wirtschaft ist der Erwerb einer nachobligatorischen Ausbildung wichtig, um auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen. Für die Wirtschaft bedeutet ein höheres Humankapital die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften. Für den Einzelnen kann Wissen zudem ein Schlüssel für die persönliche Entfaltung sein.
Definition	Anteil der 25- bis 64-Jährigen, die höchstens über einen Abschluss auf der Sekundarstufe 1 verfügen, an der ständigen Wohnbevölkerung.
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Strukturerhebung
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	Ein Jahr nach Referenzperiode Daten liegen ab 2010 vor (Vergleich mit harmonisierter Volkszählung 2000 möglich)
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton, Bezirke
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone, Bezirke Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Eine erfolgreiche Berufslaufbahn und ein erfülltes Leben setzen nicht notwendigerweise einen hohen Bildungsabschluss voraus.
Notiz	Als Zusatzinformationen werden ausgewiesen: • Höchster Bildungsabschluss (Sekundarstufe 1, Sekundarstufe 2 und Tertiärstufe) nach Altersklassen (18-24 Jahre, 25-34 Jahre, 35-44 Jahre, 45-54 Jahre und 55-64 Jahre)

Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit

Chancengerechtigkeit nach Herkunft

G2.1	**Bildungsunterschiede nach Migrationshintergrund**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, ob und wie stark sich die Bildungschancen je nach Migrationshintergrund unterscheiden. Personen, die lediglich über die obligatorische Schulbildung und keinen weiteren Bildungsabschluss verfügen, tragen generell ein gewisses Arbeitslosigkeitsrisiko. Wenn Personen zudem einen Migrationshintergrund aus nichtdeutschem Sprachraum haben, ist die dauerhafte Integration in die Gesellschaft erschwert.
Definition	Differenz zwischen den Anteilen der Bevölkerung mit einem höchsten Abschluss auf der Sekundarstufe 1 und Migrationshintergrund und jenen ohne Migrationshintergrund. Formel: $\left(\frac{\text{20–64–Jährige mit Migrationshintergrund und höchstem Abschluss SEK I}}{\text{20–64–Jährige mit Migrationshintergrund}}\right) * 100 -$ $\left(\frac{\text{übrige 20–64–Jährige mit höchstem Abschluss SEK I}}{\text{übrige 20–64–Jährige}}\right) * 100$ Personen mit Migrationshintergrund: • Ausländer mit dem Merkmal „nichtdeutsche Hauptsprache“ • Bevölkerung schweizerischer Nationalität mit Migrationshintergrund und dem Merkmal „nichtdeutsche Hauptsprache“ Hauptsprache: • Sprache, in der man denkt und die man am besten beherrscht Bevölkerung schweizerischer Nationalität mit Migrationshintergrund: • im Ausland geborene Eingebürgerte, • im Inland geborene Eingebürgerte mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil, • in der Schweiz geborene Schweizer/innen mit zwei im Ausland geborenen Eltern und • im Ausland geborene Schweizer/innen mit zwei im Ausland geborenen Eltern
Einheit	Prozentpunkte
Quelle	Bundesamt für Statistik, Strukturerhebung (Stichprobenaufstockung durch Kanton erforderlich)
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	Ein Jahr nach Referenzperiode Daten liegen ab 2010 vor (Vergleich mit harmonisierter Volkszählung 2000 nicht möglich)
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton

Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Zwischen dem Thurgauer Bildungssystem und den Personen, welche die Schulbildung ausschliesslich im Ausland absolviert haben, gibt es keinen Zusammenhang.
Notiz	Als Zusatzinformationen werden ausgewiesen: • Unterteilung der 20-64-Jährigen in zwei Untergruppen (Altersklasse 20-44 und 45-64) • 20-64-jährige Personen mit Abschluss auf Tertiärstufe nach Migrationshintergrund (sowie Altersklasse 20-44 und 45-64)

Frauen und Männer in Wirtschaft und Politik

G2.2.a	**Lohnunterschiede nach Geschlecht**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, wie stark sich das Lohnniveau zwischen Männern und Frauen bei gleicher Ausbildung und gleicher Stellung im Betrieb unterscheidet.
Definition	Differenz zwischen dem Medianlohn der Männer und jenem der Frauen mit vergleichbarem Ausbildungsniveau und gleicher Stellung im Betrieb im privaten Sektor, relativ zum Medianlohn der Männer. Berücksichtigt werden die Löhne von Personen mit dem Ausbildungsniveau „abgeschlossene Berufsausbildung“ (= häufigstes Ausbildungsniveau) und der Stellung „ohne Kaderfunktion“ (= häufigste Stellung im Betrieb). Der Medianlohn bezeichnet den mittleren Wert aller Löhne. Die eine Hälfte der Löhne ist grösser als der Medianlohn, die andere Hälfte kleiner. Als Basis für den Indikator werden die standardisierten Bruttomonatslöhne verwendet, d.h. sämtliche Löhne wurden auf eine einheitliche Arbeitszeit umgerechnet und schliessen dieselben Lohnkomponenten ein.
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Lohnstrukturerhebung (Stichprobenaufstockung durch Kanton erforderlich)
Aktualisierung	Alle zwei Jahre
Verfügbarkeit (zeitlich)	2,5 Jahre nach Referenzperiode Daten liegen ab 2010 vor
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Grossregion Ostschweiz, Kanton
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone (nur diejenigen, welche die Stichprobe der Lohnstrukturerhebung aufgestockt haben) Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Die Lohnstrukturerhebung basiert auf Daten des Arbeitgebers. Sie enthält damit keine Informationen zur gesamten beruflichen Laufbahn der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Somit fehlen Angaben zu familienbedingten Unterbrüchen der Erwerbstätigkeit. Zudem ist es möglich, dass es innerhalb der Kategorien („abgeschlossene Berufsausbildung“ und „keine Kaderfunktion“) Faktoren gibt, die sich zwischen Männern und Frauen unterscheiden und einen Teil der Lohndifferenz erklären (z.B. Branchenzugehörigkeit, Art der Tätigkeit). Aufgrund der komplexen Stichprobenziehung ist ein Vergleich der Ergebnisse über die Zeit nur bedingt möglich.

G2.2.b	**Anteil Frauen in Kaderpositionen**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Zunehmen
Aussagekraft	Der Indikator widerspiegelt die Chancengleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Ein kleiner Frauenanteil in Kaderpositionen kann ein Hinweis darauf sein, dass die berufliche Entwicklung von Frauen durch gesellschaftliche oder institutionelle (z. B. familienexterne Kinderbetreuung) Rahmenbedingungen behindert wird.
Definition	Anteil der Frauen in Kaderpositionen (Selbständige mit Arbeitnehmer(n), Direktorinnen oder Direktionsmitglieder, Arbeitnehmer mit Vorgesetztenfunktion) an allen Erwerbstätigen in Kaderpositionen. Die Angaben beziehen sich auf Personen mit ständigem Wohnsitz im Kanton Thurgau – auch wenn sie ausserhalb des Kantons arbeiten. Der Fragebogen der Strukturerhebung wurde per 2015 überarbeitet. Ab dem Jahr 2015 können Firmeneigentümerinnen und -eigentümer speziell ausgewiesen werden und werden gemäss der hier verwendeten soziologischen Sichtweise zu den Selbständigen gezählt. In den Jahren davor zählten Firmeneigentümerinnen und -eigentümer zu den Arbeitnehmenden. Dies wirkt sich auf die Kategorie „Selbständige mit Arbeitnehmer(n)" aus. Der Anteil Frauen in Kaderpositionen hat sich jedoch nicht signifikant verschoben. Die Beurteilung der Entwicklungsrichtung ist daher trotzdem noch möglich.
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Strukturerhebung
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	Ein Jahr nach Referenzperiode Daten liegen ab 2010 vor (Vergleich mit harmonisierter Volkszählung 2000 nicht möglich)
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton, Bezirke
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone, Bezirke Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Unterschiedliche Anteile von Frauen und Männern in Kaderpositionen können auch durch unterschiedliche Präferenzen bedingt sein und sind nicht notwendigerweise Ausdruck mangelnder Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit.

G2.2.c	**Anteil Frauen in politischen Ämtern**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Zunehmen
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, wie stark Frauen in politischen Ämtern vertreten sind und damit in der Exekutive und Legislative mitgestalten und mitentscheiden.
Definition	Anteil der Frauen in politischen Ämtern (Grosser Rat, Regierungsrat, Gemeinderat der Politischen Gemeinden, Schulbehörden, evangelische und katholische Kirchenvorsteherschaften) an der Gesamtzahl der Mandate. Ersatzwahlen bleiben unberücksichtigt; es wird der Stand der Gesamterneuerungswahlen ausgewiesen (Ausnahme: Beim Regierungsrat werden auch die Ersatzwahlen berücksichtigt). Da für den Frauenanteil in den Gemeindebehörden noch keine Zeitreihe vorliegt, bezieht sich die langfristige Beurteilung der Entwicklungsrichtung vorerst nur auf den Frauenanteil im Grossen Rat und im Regierungsrat. Die Beurteilung der kurzfristigen Entwicklungsrichtung bezieht sich auf den Frauenanteil in folgenden Gremien: Grosser Rat, Regierungsrat, Gemeindebehörden (Politische Gemeinden, Schulgemeinden, Kirchengemeinden evangelische/katholischen Landeskirche).
Einheit	Prozent
Quelle	Staatskanzlei Kanton Thurgau, DIV, DEK
Aktualisierung	Jährlich Ersatzwahlen werden nicht berücksichtigt, nur Gesamterneuerungswahlen. Die Aktualisierung erfolgt nach abgeschlossener Wahlperiode. (Die Zusammensetzung des Regierungsrats wird jährlich aktualisiert, d.h. Ersatzwahlen werden berücksichtigt.)
Verfügbarkeit (zeitlich)	Kurz nach den jeweiligen Wahlen
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Kanton, für Grosser Rat zusätzlich Bezirke, für Gemeindebehörden zusätzlich Gemeinden
Vergleichbarkeit	Regierungsrat und Grosser Rat: Kantone Gemeindebehörden: Gemeinden
Grenzen der Aussagekraft	Unterschiedliche Anteile von Frauen und Männern in politischen Ämtern können auch durch unterschiedliche Präferenzen bedingt sein und sind nicht notwendigerweise Ausdruck mangelnder Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit. Die absolute Zahl in politischen Ämtern ist recht klein. Deshalb können bereits wenige zusätzliche (bzw. wegfallende Mandate, die durch Frauen gehalten werden, zu nennenswerten Veränderungen des Frauenanteils führen.

Armut

G2.3.a	**Sozialhilfequote**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, wie viele Personen im Thurgau – gemessen an der gesamten ständigen Wohnbevölkerung – auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen sind. Ohne finanzielle Hilfe sind diese Personen nicht in der Lage, für die eigene Existenzsicherung aufzukommen.
Definition	Anteil der Sozialhilfebeziehenden, die mindestens einmal während des Jahres Sozialhilfe bezogen haben, gemessen an der ständigen Wohnbevölkerung per 31.12. des Vorjahres. Die wirtschaftliche Sozialhilfe gehört zu den bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Bedarfsabhängige Sozialleistungen kommen zum Tragen, wenn die eigenen Mittel oder die Sozialversicherungen (AHV, IV) nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt zu decken. Je nach Kanton werden unterschiedlich viele bedarfsabhängige Sozialleistungen ausgerichtet, aber im Minimum sind es die beiden vorgelagerten Bedarfsleistungen – Ergänzungsleistungen und Alimentenbevorschussungen – sowie die wirtschaftliche Sozialhilfe. Die wirtschaftliche Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz. Sie gewährleistet die Existenzsicherung sowie Hilfe zur sozialen und beruflichen Integration. 2020 boten zehn Kantone – darunter der Kanton Thurgau – ausschliesslich diese drei bedarfsabhängigen Sozialleistungen an.
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Schweizerische Sozialhilfestatistik
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	Etwa neun Monate nach Referenzperiode Daten der Sozialhilfestatistik liegen ab 2005 vor
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton, Gemeinden
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone, Gemeinden
Grenzen der Aussagekraft	Neben den in MoniThur ausgewiesenen Personengruppen (Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und Alimentenbevorschussungen) gibt es weitere Personen, die ein erhöhtes Armutsrisiko oder ein erhöhtes Risiko für soziale Ausgrenzung haben. Diese können jedoch statistisch nicht als Gruppe „gefasst“ werden. Personen können mehrere bedarfsabhängige Leistungen gleichzeitig beziehen (z. B. Sozialhilfe und Alimentenbevorschussungen). Damit ist es möglich, dass eine Person gleichzeitig bei mehreren Indikatoren dazuzählt. Zur Messung von Armut existieren verschiedene Ansätze. Für MoniThur wurde ein Ansatz über die potenziell von Armut gefährdeten Personen gewählt, weil die Daten, die üblicherweise für die Armutsdefinition verwendet werden, auf Ebene Kanton nicht vorhanden sind. Bei den verschiede-

	nen Ansätzen zur Messung der Armut wird unter anderem unterschieden zwischen finanzieller Armut und materiellen Entbehrungen. Bei der finanziellen Armut wird zusätzlich unterschieden zwischen "absoluter" Armut (d. h. einer Unterschreitung eines festgelegten Existenzminimums) und "relativer" Armut. In der Regel gelten Personen als arm, die die Grenze von 60 % des mittleren verfügbaren Äquivalenzeinkommens unterschreiten. Die Grundlage für diese Definitionen von Armut stammen aus der Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC).

G2.3.b	**Anteil Rentenbezügerinnen und -bezüger mit Ergänzungsleistungen (EL-Quote)**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, wie sich der Anteil Personen mit Ergänzungsleistungen (EL) im Verhältnis zur Gesamtzahl der AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentner entwickelt (EL-Quote). Personen, die Anspruch auf Ergänzungsleistungen zur Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) oder Invalidenversicherung (IV) haben, können mit ihren Renten und Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht decken. Diese Personen haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Oft ist dies mit sozialer Ausgrenzung verbunden.
Definition	Anteil Personen mit Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV gemessen an allen AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentnern. Die Ergänzungsleistungen gehören zu den vorgelagerten bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Bei diesen handelt es sich um Leistungen, die zur Sozialhilfe im weiteren Sinn zählen. Gemäss dem Subsidiaritätsprinzip kommen sie vor der Ausrichtung der wirtschaftlichen Sozialhilfe (Sozialhilfe im engeren Sinn) zum Tragen. Sie richten sich an Personen, deren eigene Mittel oder Einkommen aus Sozialversicherungen (AHV, IV) nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt zu decken. Je nach Kanton werden unterschiedlich viele bedarfsabhängige Sozialleistungen ausgerichtet, aber im Minimum sind es die Ergänzungsleistungen, die Alimentenbevorschussungen und die wirtschaftliche Sozialhilfe. 2020 boten zehn Kantone – darunter der Kanton Thurgau – ausschliesslich diese drei Leistungen an.
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Sozialversicherungen
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	Etwa sechs Monate nach Referenzperiode
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone
Grenzen der Aussagekraft	Neben den in MoniThur ausgewiesenen Personengruppen (Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und Alimentenbevorschussungen) gibt es weitere Personen, die ein erhöhtes Armutsrisiko oder ein erhöhtes Risiko für soziale Ausgrenzung haben. Diese können jedoch statistisch nicht als Gruppe „gefasst“ werden. Personen können mehrere bedarfsabhängige Leistungen gleichzeitig beziehen (z. B. Sozialhilfe und Alimentenbevorschussungen). Damit ist es möglich, dass eine Person gleichzeitig bei mehreren Indikatoren dazuzählt. Zur Messung von Armut existieren verschiedene Ansätze. Für MoniThur wurde ein Ansatz über die potenziell von Armut gefährdeten Personen gewählt, weil die Daten, die üblicherweise für die Armutsdefinition verwen-

	det werden, auf Ebene Kanton nicht vorhanden sind. Bei den verschiedenen Ansätzen zur Messung der Armut wird unter anderem unterschieden zwischen finanzieller Armut und materiellen Entbehrungen. Bei der finanziellen Armut wird zusätzlich unterschieden zwischen "absoluter" Armut (d. h. einer Unterschreitung eines festgelegten Existenzminimums) und "relativer" Armut. In der Regel gelten Personen als arm, die die Grenze von 60 % des mittleren verfügbaren Äquivalenzeinkommens unterschreiten. Die Grundlage für diese Definitionen von Armut stammen aus der Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC).

G2.3.c	**Anteil Personen mit Alimentenbevorschussungen (ALBV-Quote)**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, wie viele Personen im Thurgau – gemessen an der gesamten ständigen Wohnbevölkerung – eine Bevorschussung für Kinderalimente erhalten. Geschiedene und Alleinerziehende, die auf Alimentenbevorschussungen angewiesen sind, leben in engen finanziellen Verhältnissen, was sich auch auf die Kinder und deren Zukunft auswirken kann. Alimentenbevorschussungen sind Vorauszahlungen der Kinderalimente durch die Wohngemeinde an den unterhaltsberechtigten Elternteil. Diese Vorauszahlungen kommen zum Tragen, wenn Kinderalimente nicht rechtzeitig oder gar nicht bezahlt werden. Massgebend sind die finanziellen Verhältnisse des Haushalts, in dem das Kind mit dem nicht zahlungspflichtigen Elternteil zusammenlebt.
Definition	Anteil Bezügerinnen und Bezüger (alle Personen in der Unterstützungseinheit) von Alimentenbevorschussungen, die mindestens einmal während des Jahres finanzielle Leistungen bezogen haben, gemessen an der ständigen Wohnbevölkerung per 31.12. des Vorjahres. Die Alimentenbevorschussungen gehören zu den vorgelagerten bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Bei diesen handelt es sich um Leistungen, die zur Sozialhilfe im weiteren Sinn zählen. Gemäss dem Subsidiaritätsprinzip kommen sie vor der Ausrichtung der wirtschaftlichen Sozialhilfe (Sozialhilfe im engeren Sinn) zum Tragen. Sie richten sich an Personen, deren eigene Mittel oder Einkommen aus Sozialversicherungen (AHV, IV) nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt zu decken. Je nach Kanton werden unterschiedlich viele bedarfsabhängige Sozialleistungen ausgerichtet, aber im Minimum sind es die Ergänzungsleistungen, die Alimentenbevorschussungen und die wirtschaftliche Sozialhilfe. 2020 boten zehn Kantone – darunter der Kanton Thurgau – ausschliesslich diese drei Leistungen an.
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Schweizerische Sozialhilfestatistik - Alimentenbevorschussung
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	Etwa neun Monate nach Referenzperiode
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone
Grenzen der Aussagekraft	Neben den in MoniThur ausgewiesenen Personengruppen (Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und Alimentenbevorschussungen) gibt es weitere Personen, die ein erhöhtes Armutsrisiko oder ein erhöhtes Risiko für soziale Ausgrenzung haben. Diese können jedoch statistisch nicht als Gruppe „gefasst“ werden. Personen können mehrere bedarfsabhängige Leistungen gleichzeitig beziehen (z. B. Sozialhilfe und Alimentenbevorschussungen). Damit ist es

	möglich, dass eine Person gleichzeitig bei mehreren Indikatoren dazu-zählt. Zur Messung von Armut existieren verschiedene Ansätze. Für MoniThur wurde ein Ansatz über die potenziell von Armut gefährdeten Personen gewählt, weil die Daten, die üblicherweise für die Armutsdefinition verwendet werden, auf Ebene Kanton nicht vorhanden sind. Bei den verschiedenen Ansätzen zur Messung der Armut wird unter anderem unterschieden zwischen finanzieller Armut und materiellen Entbehrungen. Bei der finanziellen Armut wird zusätzlich unterschieden zwischen "absoluter" Armut (d. h. einer Unterschreitung eines festgelegten Existenzminimums) und "relativer" Armut. In der Regel gelten Personen als arm, die die Grenze von 60 % des mittleren verfügbaren Äquivalenzeinkommens unterschreiten. Die Grundlage für diese Definitionen von Armut stammen aus der Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC).

Gesundheit

Gesundheitliches Wohlbefinden

G3.1.a	**Anteil Personen, die ihre Gesundheit als gut oder sehr gut einschätzen**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Zunehmen oder halten
Aussagekraft	Der Gesundheitszustand beeinflusst die Lebensqualität und ist ein Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gesellschaft.
Definition	Anteil der Personen in der ständigen Wohnbevölkerung, die ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut wahrnehmen
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Schweizerische Gesundheitsbefragung (Stichprobenaufstockung durch Kanton erforderlich)
Aktualisierung	Alle fünf Jahre
Verfügbarkeit (zeitlich)	Gut zwei Jahre nach Referenzperiode Daten liegen ab 2012 vor
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone (nur diejenigen, welche die Schweizerische Gesundheitsbefragung aufgestockt haben) Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Der selbst wahrgenommene Gesundheitszustand ist nicht mit dem effektiven Gesundheitszustand gleichzusetzen, auch wenn die beiden Masse zusammenhängen. Der selbst wahrgenommene Gesundheitszustand bietet einen guten groben Überblick über den allgemeinen Gesundheitszustand einer Bevölkerung. Er ist zudem weniger aufwändig zu erheben als andere Gesundheitsindikatoren in diesem Bereich (z.B. Mortalität, Morbidität, Inanspruchnahme des Gesundheitssystems). Die Grundgesamtheit umfasst nur Personen ab 15 Jahren, die in Privathaushalten leben. Personen unter 15 Jahren sowie Personen, die in Kollektivhaushalten leben, werden nicht berücksichtigt. Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren werden in einer gesonderten Studie (HBSC-Studie) zur Gesundheit befragt.

G3.1.b	**Anteil Personen mit psychischer Belastung**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Gesundheit betrifft nicht nur die körperliche, sondern auch die psychische Verfassung. Beides wirkt sich auf das Wohlbefinden und die Lebensqualität aus.
Definition	Anteil der Personen in der ständigen Wohnbevölkerung mit mittlerer oder hoher psychischer Belastung (in den letzten vier Wochen)
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Schweizerische Gesundheitsbefragung (Stichprobenaufstockung durch Kanton erforderlich)
Aktualisierung	Alle fünf Jahre
Verfügbarkeit (zeitlich)	Gut zwei Jahre nach Referenzperiode Daten liegen ab 2012 vor
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone (nur diejenigen, welche die Schweizerische Gesundheitsbefragung aufgestockt haben) Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Die Grundgesamtheit umfasst nur Personen ab 15 Jahren, die in Privathaushalten leben. Personen unter 15 Jahren sowie Personen, die in Kollektivhaushalten leben, werden nicht berücksichtigt. Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren werden in einer gesonderten Studie (HBSC-Studie) zur Gesundheit befragt. In der Schweizerischen Gesundheitsbefragung werden keine klinischen Kriterien angewandt, um psychische Erkrankungen zu diagnostizieren. Es wird jedoch nach dem Ausmass einzelner Aspekte von psychischer Belastung wie Nervosität, Niedergeschlagenheit und Deprimiertheit, Ausbleiben von Ruhe, Gelassenheit und Glücksgefühlen bzw. nach Symptomen depressiver Erkrankungen gefragt.

Übergewicht

G3.2	Anteil Personen mit Übergewicht
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Übergewicht erhöht das Risiko von Diabetes, Herz-Kreislauferkrankungen und einigen Krebserkrankungen.
Definition	Anteil der Personen in der ständigen Wohnbevölkerung ab 18 Jahren mit Übergewicht (Body-Mass-Index BMI 25 oder mehr). Der BMI berechnet sich aus dem Körpergewicht (kg) dividiert durch die Körpergrösse im Quadrat (m^2) und ist ein häufig verwendetes Mass für Übergewicht (BMI zwischen 25 und 30) und Adipositas (BMI ≥ 30).
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Schweizerische Gesundheitsbefragung (Stichprobenaufstockung durch Kanton erforderlich)
Aktualisierung	Alle fünf Jahre
Verfügbarkeit (zeitlich)	Gut zwei Jahre nach Referenzperiode Daten liegen ab 2012 vor
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone (nur diejenigen, welche die Schweizerische Gesundheitsbefragung aufgestockt haben) Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Die Grundgesamtheit der Gesundheitsbefragung umfasst nur Personen ab 15 Jahren, die in Privathaushalten leben. Personen unter 15 Jahren sowie Personen, die in Kollektivhaushalten leben, werden nicht berücksichtigt. Die Daten von Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren wurden in die Auswertungen zum BMI nicht eingeschlossen, da bei den unter 18-Jährigen der Normbereich des BMI (BMI zwischen 18,5 und 25) anders berechnet wird (alterskorrigierte Perzentilangaben). Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren werden in einer gesonderten Studie (HBSC-Studie) zur Gesundheit befragt.

Gesundheitsrelevante Verhaltensweisen

G3.3.a	**Anteil körperlich inaktiver Personen**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Regelmässige körperliche Betätigung gilt als gesundheitsfördernd. Sie kann zur Vorbeugung einer Reihe von Krankheiten beitragen. Zudem hilft sie, die Entstehung von Übergewicht zu verhindern.
Definition	Anteil der inaktiven Personen an der ständigen Wohnbevölkerung Inaktive Personen bewegen sich weniger als einmal pro Woche in dem Ausmass, dass sie ins Schwitzen kommen (intensive körperliche Aktivität) und weniger als dreissig Minuten pro Woche so, dass sie ausser Atem kommen (mässige körperliche Aktivität).
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Schweizerische Gesundheitsbefragung (Stichprobenaufstockung durch Kanton erforderlich)
Aktualisierung	Alle fünf Jahre
Verfügbarkeit (zeitlich)	Gut zwei Jahre nach Referenzperiode Daten liegen ab 2012 vor
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone (nur diejenigen, welche die Schweizerische Gesundheitsbefragung aufgestockt haben) Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Die Grundgesamtheit umfasst nur Personen ab 15 Jahren, die in Privathaushalten leben. Personen unter 15 Jahren sowie Personen, die in Kollektivhaushalten leben, werden nicht berücksichtigt. Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren werden in einer gesonderten Studie (HBSC-Studie) zur Gesundheit befragt.
Notiz	Als Zusatzinformationen werden ausgewiesen: Anteile der aktiven und teilaktiven Personen • Aktive Personen geraten mindestens zweimal pro Woche durch körperliche Bewegung ins Schwitzen (intensive körperliche Aktivität) oder kommen während mindestens 150 Minuten pro Woche ausser Atem (mässige körperliche Aktivität). Diese Gruppe erfüllt die vom Bundesamt für Sport und dem Bundesamt für Gesundheit erarbeiteten „Empfehlungen zu gesundheitswirksamer Bewegung“ vollumfänglich. • Teilaktive Personen geraten einmal pro Woche durch körperliche Bewegung ins Schwitzen (intensive körperliche Aktivität) oder kommen während 30 bis 149 Minuten pro Woche ausser Atem (mässige körperliche Aktivität).

G3.3.b	**Anteil Personen mit Gesundheitsrisiken durch Alkoholkonsum**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Übermässiger Alkoholkonsum ist eine der Hauptursachen für die Entstehung zahlreicher Krankheiten und vorzeitiger Sterblichkeit. Übermässiger Alkoholkonsum erhöht zudem das Risiko von Unfällen und Verletzungen, aber auch von Gewaltbereitschaft, Arbeitsausfällen und sozialer Ausgrenzung.
Definition	Anteil der Personen an der ständigen Wohnbevölkerung mit mittlerem oder hohem Gesundheitsrisiko durch ihren Alkoholkonsum. Von einem mittleren Gesundheitsrisiko spricht man ab einem täglichen Konsum reinen Alkohols von 20 g oder mehr bei Frauen bzw. von 40 g oder mehr bei Männern. (20 g reinen Alkohols entsprechen zwei Standardgläsern; ein Standardglas umfasst etwa 3 dl Bier oder 1 dl Wein oder 25 cl Schnaps.)
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Schweizerische Gesundheitsbefragung (Stichprobenaufstockung durch Kanton erforderlich)
Aktualisierung	Alle fünf Jahre
Verfügbarkeit (zeitlich)	Gut zwei Jahre nach Referenzperiode Daten liegen ab 2012 vor
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone (nur diejenigen, welche die Schweizerische Gesundheitsbefragung aufgestockt haben) Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Die Grundgesamtheit umfasst nur Personen ab 15 Jahren, die in Privathaushalten leben. Personen unter 15 Jahren sowie Personen, die in Kollektivhaushalten leben, werden nicht berücksichtigt. Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren werden in einer gesonderten Studie (HBSC-Studie) zur Gesundheit befragt.

G3.3.c	**Anteil Personen mit Gesundheitsrisiken durch Tabakkonsum**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Rauchen ist eine der Hauptursachen für die Entstehung zahlreicher Krankheiten und vorzeitige Sterblichkeit.
Definition	Anteil der Personen in der ständigen Wohnbevölkerung, die pro Tag mindestens eine Zigarette rauchen.
Einheit	Prozent
Quelle	Bundesamt für Statistik, Schweizerische Gesundheitsbefragung (Stichprobenaufstockung durch Kanton erforderlich)
Aktualisierung	Alle fünf Jahre
Verfügbarkeit (zeitlich)	Gut zwei Jahre nach Referenzperiode Daten liegen ab 2012 vor
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone (nur diejenigen, welche die Schweizerische Gesundheitsbefragung aufgestockt haben) Die Daten basieren auf einer Stichprobenerhebung mit einem Unschärfebereich. Veränderungen von Jahr zu Jahr können deshalb im Unschärfebereich liegen.
Grenzen der Aussagekraft	Die Grundgesamtheit umfasst nur Personen ab 15 Jahren, die in Privathaushalten leben. Personen unter 15 Jahren sowie Personen, die in Kollektivhaushalten leben, werden nicht berücksichtigt. Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren werden in einer gesonderten Studie (HBSC-Studie) zur Gesundheit befragt.

Grundversorgung mit Dienstleistungen

Öffentlicher Verkehr

G4.1	**Distanz zum öffentlichen Verkehrssystem**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen oder halten
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, wie gut die Bevölkerung an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen ist, insbesondere auch jene Bevölkerungsgruppen, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind (u. a. Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit einer Behinderung). Eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist ein wesentlicher Standortfaktor, entlastet das Strassennetz und gewährleistet eine ressourcenschonende Mobilität.
Definition	Durchschnittliche Luftliniendistanz vom Wohnort zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs bzw. zum nächsten Bahnhof in Metern
Einheit	Meter
Quelle	Bundesamt für Raumentwicklung (Datenbezug über Cercle Indicateurs) Haltestellen gemäss elektronischem Fahrplan der Transportunternehmen (HAFAS) Wohnort der Bevölkerung gemäss Bundesamt für Statistik, STATPOP Hektarraster
Aktualisierung	Alle zwei Jahre (im Rahmen von Cercle Indicateurs; jeweils vor der Aktualisierung von Cercle Indicateurs wird die Berechnung vom BFS beim ARE in Auftrag gegeben).
Verfügbarkeit (zeitlich)	Zwei Jahre nach Referenzperiode (Berechnung der Daten 2013 aufgrund der Fahrplandaten 2011, der Daten 2015 aufgrund der Fahrplandaten 2013 etc.)
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Alle Kantone der Schweiz (aus Cercle Indicateurs), Gemeinden (auf Anfrage beim ARE erhältlich)
Vergleichbarkeit	Kantone, Gemeinden
Grenzen der Aussagekraft	Alle Haltestellen haben das gleiche Gewicht, unabhängig vom Verkehrsmittel (Bus, Zug) und unabhängig davon, wie häufig die Haltestelle bedient wird. Die Güte der Verbindungen zu einem Zielort bleibt unberücksichtigt.

G4.2	**Distanz zum nächsten Lebensmittelgeschäft**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, welche Distanz die Thurgauer Bevölkerung durchschnittlich zurücklegen muss, um sich mit Lebensmittel einzudecken.
Definition	Der Indikator drückt aus, welche Strecken Thurgauerinnen und Thurgau zurücklegen müssen, um sich mit Lebensmitteln einzudecken. Neben den klassischen Lebensmittelgeschäften werden auch Bäckereien/Tearooms, Metzgereien usw. berücksichtigt. NOGA 2008: Detailhandel mit Waren verschiedener Art (471101 bis 471105, 471901, 471902), Detailhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränke und Tabakwaren (472100 bis 472902 ohne 472600). Die Erreichbarkeiten wurden auf der Basis des Schweizer Strassennetzes gemessen. Massgebend war die Distanz zwischen dem Zentrum jeder bewohnten Hektare und dem Standort des nächstgelegenen Dienstleisters. Die Distanz wurde mit der Wohnbevölkerung gewichtet. Das Schienennetz und die Verkehrsverbindungen über ausländisches Territorium wurden aus methodischen Gründen nicht berücksichtigt.
Einheit	Distanz in Meter
Quelle	Bundesamt für Statistik, Dienstleistungen für die Bevölkerung
Aktualisierung	Alle 3 Jahre
Verfügbarkeit (zeitlich)	1 Jahr
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Schweiz, Kantone, Bezirke
Vergleichbarkeit	Vergleiche mit anderen Kantonen und Bezirke möglich.
Grenzen der Aussagekraft	Der Indikator berücksichtigt nur den Standort von Lebensmittelgeschäften, jedoch weder die Attraktivität noch sonstige Qualitätsmerkmale des Angebots. Hauslieferdienste sowie Online-Dienste bleiben unberücksichtigt. Ebenso nicht berücksichtigt werden Tankstellenshops und Geschäfte im Ausland.

G4.3	**Wohnortnahe ärztliche Grundversorgung**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen oder Halten
Aussagekraft	Der Indikator zeigt, welche Distanz die Thurgauer Bevölkerung durchschnittlich zurücklegen muss, um ärztliche Grundversorgung in Anspruch nehmen zu können. Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört eine für alle gut erreichbare medizinische Grundversorgung.
Definition	Der Indikator drückt aus, welche Strecken in Metern Thurgauerinnen und Thurgauer im Schnitt zurücklegen, um zum nächsten Standort ärztlicher Grundversorgung zu gelangen. Die Distanz wird auf der Basis des Schweizer Strassennetzes (swissTLM3D) gemessen. Massgebend ist die Distanz zwischen dem Zentrum jeder bewohnten Hektare und dem nächstgelegenen Standort ärztlicher Grundversorgung. Die Distanz wird mit der auf dem Gebiet dieser Hektare wohnhaften Bevölkerung (am 31.12. des Referenzjahres) gewichtet. Zur ärztlichen Grundversorgung werden Arztpraxen und ambulante Zentren gezählt, in denen Ärztinnen und Ärzte mit Haupttätigkeitsbereich "Allgemeine Innere Medizin", "Kinder- und Jugendmedizin (Pädiatrie)" oder als "praktische Ärztin/praktischer Arzt" tätig sind. Berücksichtigt werden nur jene Unternehmen, die am 31. Dezember des Referenzjahres wirtschaftlich aktiv waren (mit mindestens einer Ärztin oder einem Arzt). Unterscheidung nach städtischem und ländlichem Gebiet: In der Excel-Datei "Daten rund um den Indikator" wird für den Indikator auch eine Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten gemacht. Dafür wurden die Gemeinden, in denen sich die Standorte der Arztpraxen und ambulanten Zentren befinden, nach der Stadt-Landtypologie 2012 des Bundesamtes für Statistik klassiert.
Einheit	Distanz in Meter
Quelle	Bundesamt für Statistik, Statistik der Arztpraxen und ambulanten Zentren (MAS)
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	Zwei Jahre nach der Referenzperiode (Daten sind ab 2017 verfügbar)
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Schweiz, Kanton Thurgau, Raumtypen (städtisch, intermediär, ländlich);
Vergleichbarkeit	Vergleich mit Gesamtschweiz und Raumtypen möglich
Grenzen der Aussagekraft	Der Indikator misst die Distanz auf dem Strassennetz. Er macht keine Aussage zur Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr oder zum Zeitbedarf bis zum nächsten Standort der ärztlichen Grundversorgung. Verkehrsverbindungen über ausländische Territorium werden nicht berücksichtigt. Der Indikator bezieht sich auf den Durchschnitt der Einwohnerinnen und Einwohner. Für einzelne Personen kann die Distanz zum nächsten Standort ärztlicher Grundversorgung deutlich länger sein.

Materielles und immaterielles Wohlbefinden

Kein Indikator mit genügender Qualität

Politische Partizipation

Politische Partizipation

G6.1	**Wahlbeteiligung an Grossratswahlen**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Zunehmen
Aussagekraft	Die Wahlbeteiligung zeigt, in welchem Ausmass sich die Bevölkerung in die politische Entscheidungsbildung einbringt.
Definition	Anteil der Wählenden an den Wahlberechtigten bei Grossratswahlen
Einheit	Prozent
Quelle	Staatskanzlei Kanton Thurgau, Bundesamt für Statistik
Aktualisierung	Jährlich (Abstimmungen) bzw. alle vier Jahre (Wahlen)
Verfügbarkeit (zeitlich)	Unmittelbar nach Referenzperiode
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kanton, Bezirke, Gemeinden
Vergleichbarkeit	Gesamtschweiz, Kantone, Bezirke, Gemeinden
Grenzen der Aussagekraft	Die Wahlbeteiligung ist von vielen Faktoren abhängig und deutet nicht notwendigerweise auf ein geringes Demokratiebewusstsein hin.
Notiz	Als Zusatzinformationen werden ausgewiesen: Wahlbeteiligung an Nationalratswahlen, Stimmbeteiligung an kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen.

Sicherheit

Strassenverkehrsunfälle

G7.1	Strassenverkehrsunfälle mit Personenschaden pro 1‘000 Einwohner
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen oder halten
Aussagekraft	Der Indikator misst die Unfallhäufigkeit mit Leichtverletzten, Schwerverletzten und getöteten Personen im Strassenverkehr. Je mehr Unfälle mit Personenschaden es im Strassenverkehr gibt, umso niedriger ist die Sicherheit, sich im Strassenverkehr unverletzt zu bewegen.
Definition	Anzahl Verkehrsunfälle mit Personenschaden pro 1‘000 Einwohner (ständige Wohnbevölkerung am 31.12.) Betrachtet werden nur polizeilich bearbeitete Verkehrsunfälle. Als leichte Verletzung gelten geringe Beeinträchtigungen wie oberflächliche Hautverletzungen ohne nennenswerten Blutverlust, leichte Einschränkung der Bewegungen, die aber das Verlassen der Unfallstelle aus eigener Kraft erlaubt. Möglicherweise ist eine ambulante Behandlung im Spital oder durch den Arzt nötig. Als schwere Verletzung gilt eine schwere, sichtbare Beeinträchtigung, die normale Aktivitäten zu Hause für mindestens 24 Stunden verhindert (z.B. Bewusstlosigkeit oder Knochenbruch oder Spitalaufenthalt von mehr als 1 Tag).
Einheit	Verkehrsunfälle pro 1‘000 Einwohner
Quelle	Thurgauer Daten: Kantonspolizei Kanton Thurgau, Verkehrsunfallstatistik Dienststelle für Statistik Kanton Thurgau, Kantonale Bevölkerungserhebung Daten des Bundes (relevant für Vergleiche): • Bundesamt für Strassen (ASTRA), Verkehrsunfallstatistik • Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerung und Haushalte (für das Verhältnis der Verkehrsunfälle zur ständigen Wohnbevölkerung)
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	• Thurgauer Daten: 15. März • Bundesstatistiken: 3-6 Monate nach Jahresende
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	Gesamtschweiz, Kantone, Thurgauer Bezirke, Thurgauer Gemeinden
Vergleichbarkeit	Vergleiche sind möglich
Grenzen der Aussagekraft	Betrachtet werden nicht die verunfallten Thurgauerinnen und Thurgauer, sondern die Unfälle auf dem Kantonsgebiet. Starker Durchgangsverkehr und die Dichte der Fahrzeuge beeinflussen zudem das Ergebnis.
Notiz	Als Zusatzinformationen werden ausgewiesen: • Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden (Total) • davon Anzahl der Unfälle mit Schwerverletzten und Toten (Total und je 1‘000 Einwohner)

Straftaten

G7.2.a	**Gewaltstraftaten pro 100‘000 Einwohner**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen oder halten
Aussagekraft	Der Indikator misst die polizeilich registrierten Gewaltstraftaten gemäss Strafgesetzbuch (StGB) und gibt dadurch Auskunft über die Sicherheit der Bevölkerung. Ein Anstieg der Straftaten senkt das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung.
Definition	Anzahl der schweren Gewaltstraftaten pro 100‘000 Einwohner (ständige Wohnbevölkerung am 31.12.). Aufgrund der starken Schwankungen von Jahr zu Jahr wird ein gleitender Durchschnitt über 3 Jahre verwendet. Um eine Gewichtung der verschiedenen Gewaltstraftaten zu erreichen, wird zwischen schwerer und minderschwerer Gewalt unterschieden. Zu den schweren Gewaltstraftaten zählen gemäss der Polizeilichen Kriminalstatistik folgende Handlungen (nach StGB): Tötungsdelikte (Art. 111-116), schwere Körperverletzung (Art. 122), Raub (Art. 140 Abs. 4), Geiselnahme (Art. 185) und Vergewaltigung (Art. 190). Minderschwere Gewalt liegt u.a. bei einfacher Körperverletzung (Art. 123), Raub, (Art. 140 Abs 1-3), Tätlichkeiten (Art. 126), Drohung (Art. 180), Nötigung (Art. 181) vor. Nicht enthalten sind gesetzeswidrige Handlungen, die der Polizei nicht zur Kenntnis gelangen (Dunkelfeld) oder die über andere Wege direkt in ein Justizverfahren münden.
Einheit	Schwere Gewaltstraftaten pro 100‘000 Einwohner
Quelle	Thurgauer Daten: Kantonspolizei Thurgau, Polizeiliche Kriminalstatistik Dienststelle für Statistik Kanton Thurgau, Kantonale Bevölkerungserhebung Daten des Bundes (relevant für Vergleiche): • Bundesamt für Statistik, Polizeiliche Kriminalstatistik • Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerung und Haushalte (für das Verhältnis der Gewaltstraftaten zur ständigen Wohnbevölkerung)
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	• Thurgauer Daten: 15. März • Bundesstatistiken: i.d.R. 3 Monate nach Jahresende
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	• Gesamtschweiz • Kantone • innerhalb Thurgau: Polizeiregion Ost, Süd, West
Vergleichbarkeit	Vergleiche sind möglich.
Grenzen der Aussagekraft	Veränderungen bei den Gewaltstraftaten können durch Änderungen im Anzeige- bzw. polizeilichen Ermittlungsverfahren oder im Anzeigeverhalten der Bevölkerung begründet sein. Das Anzeigeverhalten ist zudem von der gesellschaftlichen Einstellung gegenüber Gewaltstraftaten geprägt.

	Unbeachtet bleibt, ob die beschuldigte Person rechtskräftig verurteilt wurde oder nicht.
Notiz	Als Zusatzinformationen werden ausgewiesen: • Anzahl der Gewaltstraftaten (Total) • davon Anzahl der schweren Gewaltstraftaten (Total und pro 100‘000 Einwohner) • Anzahl der minderschweren Gewaltstraftaten

G7.2.b	**Diebstahldelikte pro 1‘000 Einwohner**
Für Nachhaltigkeit erforderliche Entwicklung	Abnehmen
Aussagekraft	Der Indikator misst die polizeilich registrierten Diebstahldelikte gemäss Strafgesetzbuch (Art. 139 StGB). Innerhalb der Straftaten gegen das Vermögen kommen Diebstahldelikte am häufigsten vor. Ein Anstieg der Straftaten senkt das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung.
Definition	Anzahl der Diebstahldelikte pro 1‘000 Einwohner (ständige Wohnbevölkerung am 31.12.)
Einheit	Diebstahldelikte pro 1‘000 Einwohner
Quelle	Thurgauer Daten: Kantonspolizei Thurgau, Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Dienststelle für Statistik Kanton Thurgau, Kantonale Bevölkerungserhebung Daten des Bundes (relevant für Vergleiche): • Bundesamt für Statistik, Polizeiliche Kriminalitätsstatistik • Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerung und Haushalte (für das Verhältnis der Diebstahldelikte zur ständigen Wohnbevölkerung)
Aktualisierung	Jährlich
Verfügbarkeit (zeitlich)	• Thurgauer Daten: 15. März • Bundesstatistiken: i.d.R. 3 Monate nach Jahresende
Verfügbarkeit (regionale Ebenen)	• Gesamtschweiz • Kantone • innerhalb Thurgau: Polizeiregion Ost, Süd, West
Vergleichbarkeit	Vergleiche sind (eingeschränkt) möglich.
Grenzen der Aussagekraft	Nicht enthalten sind gesetzeswidrige Handlungen, die der Polizei nicht zur Kenntnis gelangen (Dunkelfeld) oder die über andere Wege direkt in ein Justizverfahren münden. Unbeachtet bleibt, ob die beschuldigte Person rechtskräftig verurteilt wurde oder nicht. Beim Vergleich mit andere Kantonen ist zu berücksichtigen, dass beim besonders häufigen Ladendiebstahl einzelne Kantone vereinfachte Verfahren kennen, mit denen in Einkaufsgeschäften festgestellte Ladendiebstähle direkt über die Justiz abgewickelt werden können. Die effektive Zahl der registrierten Ladendiebstähle dürfte somit höher liegen, als von der Polizei ausgewiesen werden kann.
Notiz	Als Zusatzinformationen werden ausgewiesen: • Anzahl der Diebstahldelikte (Total)